Sicherheit statt teure Experimente – so stimmen Sie am 15. Mai richtig ab:

Kantonales Bürgerrechts-Gesetz NEIN

Denn es führt dazu, dass Ausländer eingebürgert werden, bevor sie integriert sind!

Stimmrechtsalter 16 NEIN

Denn es geht nicht an, dass man mehr Rechte ohne die dazugehörenden Pflichten erhält!

Elternzeit-Initiative NEIN

Denn wir dürfen in Krisenzeiten kein Geld für Luxus-Ferienprojekte ausgeben!

Klimaschutz-Gesetz NEIN

Denn es gefährdet in unsicheren Zeiten unsere Energieversorgung mit bezahlbarem Strom!

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

freipassfueralle-nein.ch

Mit einer Spende auf CH21 0070 0114 8037 2609 2 – SVP Kanton Zürich, 8600 Dübendorf unterstützen Sie unseren Abstimmungskampf für mehr Sicherheit im Kanton Zürich.
Wir danken Ihnen für Ihre tatkräftige Unterstützung.

SVP Kanton Zürich, Lagerstr. 14, 8600 Dübendorf, www.svp-zuerich.ch

Bürgerrechts-Gesetz NEIN

freipassfueralle-nein.ch

Zuerst Integration. Dann Einbürgerung.

Der Schweizer Pass ist kein Mitglieder-Ausweis für ein Fitness-Studio, den jeder bekommt, der ihn will!

Mit dem Schweizer Pass erwirbt man das höchste Gut in unserer direkten Demokratie, das Stimm- und Wahlrecht. Deshalb ist es wichtig, genau festzulegen, welche Voraussetzungen Ausländer erfüllen müssen, wenn sie sich einbürgern lassen wollen.

Zuerst muss ein Ausländer sich integriert haben und zeigen, dass er unsere Gesetze, unsere Demokratie, unsere Kultur und unsere Sitten kennt und respektiert und vor allem unsere Sprache spricht!

Also: Zuerst Integration, dann die Einbürgerung! Das ist doch klar!

Das neue Bürgerrechts-Gesetz verscherbelt den Schweizer Pass!

Das neue Bürgerrechtsgesetz führt jedoch dazu, dass sich Ausländer einbürgern können, bevor sie integriert sind. Wie das?

- **Die notwendigen minimalen Deutschkenntnisse sind im neuen Gesetz viel zu tief angesetzt.** So kann jemand Schweizer werden, der kaum unsere Sprache spricht!
- Die **notwendige Aufenthaltsdauer in der Gemeinde ist viel zu kurz** und muss länger als zwei Jahre dauern. Denn nur so kann beurteilt werden, ob jemand integriert ist.
- Die **Abklärungen zu Strafverfahren** und die **Anforderungen an Betreibungsregistereinträge und Mitwirkungspflichten müssen erhöht werden**, damit wir keine Extremisten oder Nicht-Integrationswillige einbürgern.
- Die **Einbürgerung darf nicht gratis sein.** Denn was nichts kostet, ist nichts wert! Deshalb müssen auch junge Ausländer etwas für die Einbürgerung zahlen!

Darum: zahnloses Bürgerrechts-Gesetz NEIN